

DER STAAT IN DER GROSSEN TRANSFORMATION

Tagung in der Reihe Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik



4. bis 6. März 2020, Evangelische Akademie Tutzing

Call for Papers

In der kontinuierlichen Neuverhandlung des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft vollzieht sich aktuell ein teils schleichender, teils bereits deutlich wahrnehmbarer Wandel: Während die letzten Jahrzehnte geprägt waren von einer schrittweisen Verdrängung des Staates zu Gunsten marktwirtschaftlicher Prinzipien, nehmen seit einigen Jahren Forderungen nach einer stärker lenkenden und organisierenden Rolle des Staates wieder zu. Dies zeigt sich zum einen im aktuellen politischen Diskurs, welcher parteiübergreifend von der Bekämpfung des Klimawandels, der Gestaltung des digitalen technischen Wandels und dem Aufkommen neuer, oft rechtspopulistischer politischer Bewegungen beherrscht wird. Mit welchem Staat lassen sich die transformativen Veränderungen bewältigen, die uns durch Klimawandel und planetarische Grenzen bevorstehen? Welche Haltung und Rolle sollte der Staat einnehmen, wenn neue technische Möglichkeiten massive gesellschaftliche Veränderungen vorantreiben? Und mit welchen Formen von Staatlichkeit lassen sich die Phänomene, die zuweilen als Krise der liberalen Demokratie beschrieben werden, eindämmen? Was bedeutet es in diesem Zusammenhang beispielsweise, wenn die Europäische Union einen Kommissar benennt, dessen Kernaufgabe es sein soll, die Wirtschaft „für das Volk in Dienst“ zu nehmen?

Zum anderen werden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaft altbekannte Narrative hinterfragt, die bisher bestimmte Formen von Staatlichkeit stützten oder legitimierten. Dazu trägt unter anderem auch die zunehmende Bedeutung einer interdisziplinären, transformativen Forschungslandschaft bei. Immer wieder wird deutlich, dass gerade aktuell das von Polanyi beschriebene Double Movement eine bleibende Relevanz einnimmt. Die Vorstellung, dass Marktlösungen üblicherweise ein Mehr an Effizienz und Innovation mit sich bringen, stehen im Widerspruch zu den Krisenerfahrungen des letzten Jahrzehnts und den Erkenntnissen der Innovations- und Wachstumsforschung. Die Idee, dass sich aus bestimmten Wirtschaftsformen auch demokratisch legitimierte Formen von Staatlichkeit herausbilden, wird nicht nur von den Entwicklungen in China in Frage gestellt.

Eine stärkere Rolle des Staates ist dabei kein Allheilmittel: Weder Handlungsfähigkeit noch problemadäquates Wirken des Staates im Sinne öffentlicher Interessen sind Selbstläufer. Stets gefährdet und instabil, ist der Staat auf Voraussetzungen angewiesen, deren Herstellung weder im Bereich rechtlicher noch politischer Mechanismen liegt. Eine gewisse Staatsskepsis ist im Lichte der Gefahr einer Usurpation staatlicher Machtmittel durch Partikularinteressen

durchaus verständlich. Zunehmend wird deshalb auch gefragt, wie die Rückbindung und Einbettung eines ertüchtigten Staates gelingen kann, und welche Rolle dabei etablierte und neue Formen der Institutionalisierung spielen können, die allzu dualistische Sichtweisen auf Staat, Markt und Zivilgesellschaft überwinden.

Wie kann sich heute eine transformative Staatlichkeit im schwierigen Spannungsfeld von supranationalem Regelungsbedarf, Politikverdrossenheit und dem nationalen Interesse als Gravitationszentrum neuer Handlungsfähigkeit entwickeln? Ist die zukunftsorientierte Entwicklung von Spielregeln nachhaltiger Wirtschaft unter diesen Vorzeichen überhaupt möglich? Wie steht es um die Weiterentwicklung der institutionellen Architektur angesichts jener Herausforderungen, die dem Begriff öffentliche Wirtschaft eine neue Bedeutung verleihen könnten – man denke an Infrastrukturen in den Bereichen Digitale Ökonomie und ökologisch verträgliche Mobilität. Welche Rolle könnten neue, auch hybride Formen der Organisation spielen? Zu diesen Fragen und unter dieser Rahmung sind Einreichungen zu folgenden Fokusthemen willkommen:

- **Nationale und europäische Handlungsfähigkeit im Angesicht globaler Herausforderungen**
- **Die Rezeptur des Green New Deal: Steuerung durch Besteuerung, Investieren zum Innovieren – oder doch Laissez-faire?**
- **Staatliche Institutionen und Organisationen vor dem Hintergrund digitaler Herausforderungen**
- **Neue wirtschafts-, sozial- und transformationswissenschaftliche Erkenntnisse zu den Möglichkeiten und Bedingungen gelungener Staatlichkeit**
- **Anwendungsfälle: Nachhaltige Mobilität, Energiewende, struktureller Wandel, nachhaltiges Wohnen, Innovationsförderung, ...**

Bei Interesse bitten wir um die Zusendung von aussagekräftigen Beitragsvorschlägen von **max. 2.500 Zeichen bis spätestens zum 16. Dezember 2019** an die Organisatoren der Veranstaltung:

Dr. Martin Held, Evangelische Akademie Tutzing | transformations-held@gmx.de

Prof. Dr. Ulrich Klüh, Hochschule Darmstadt | ulrich.klueh@h-da.de

Prof. Dr. Richard Sturn, Universität Graz | richard.sturn@uni-graz.at

Tagungsprogramm in Vorbereitung • www.ev-akademie-tutzing.de

Herausgeber-Beirat Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik
Prof. Dr. Hans Albert, Heidelberg • *Prof. Dr. Miriam Beblo*, Hamburg • *Prof. Dr. Adelheid Biesecker*, Bremen • *Prof. Dr. Mathias Erlei*, Clausthal • *Prof. Dr. Simon Gächter*, Nottingham • *Prof. Dr. Nils Goldschmidt*, Siegen • *Dr. Martin Held*, Tutzing • *Prof. Dr. Ulrich Klüh*, Darmstadt • *Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke*, Darmstadt • *Prof. Dr. Andrea Maurer*, Trier • *Prof. Dr. Hans G. Nutzinger*, Kassel • *Prof. Dr. Notburga Ott*, Bochum • *Prof. Dr. Fabienne Peter*, Warwick • *Prof. Dr. Lucia Reisch*, Kopenhagen/Friedrichshafen • *Prof. Dr. Michael Roos*, Bochum • *Prof. Dr. Michael Schmid*, Augsburg • *Prof. Dr. Johannes Schmidt*, Karlsruhe • *PD Dr. Irmi Seidl*, Zürich • *Prof. Dr. Andreas Suchanek*, Leipzig • *Prof. Dr. Ulrich Witt*, Jena